

Sehr geehrte Solingerinnen und Solinger, die als Gäste hier anwesend sind,
Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren Ratsmitglieder

SOLINGEN AKTIV wird die sogenannte Sparpolitik, nach der 45 oder 43 Millionen Euro bis 2013 weitgehend auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger gestrichen und gekürzt werden sollen, **nicht mittragen**.

Die akute kommunale Finanzkrise, die auch unsere Kommune in die drohende Überschuldung treibt, ist nicht etwa ein Naturereignis, sondern **verschuldet von den gesellschaftlichen Machtverhältnissen** und ihren tragenden Politikern, Parteien, Banken- und Konzernchefs und Industrieverbänden.

Seit vielen Jahren laden Land und Bund immer mehr Aufgaben und Ausgaben auf die Kommunen ab. 26 Millionen Euro jährlich musste die Stadt Solingen seit 2000 aufbringen, um diese zusätzlichen Aufgaben zu finanzieren. Selbst mit dem größten Sparpaket in der Geschichte dieser Stadt kommen wir niemals aus der Verschuldungsschlinge heraus: Im gleichen Zeitraum (bis 2013) stehen z. B. Zahlungen von 84 Mio. Euro allein für Zinsen aus Liquiditäts- und Investitionskrediten an. Man könnte also auch sagen – das ganze Sparpaket ist einzig und alleine da, um die Zinsen – nicht etwa Schuldendienste - reine Zinsen an die Banken zu zahlen.

Nun geht man her und will diese drastischen Ausfälle über die Bürger und Kürzung bisher selbstverständlicher kommunaler Dienstleistungen wieder herein holen. Weder diese Stadt als ganzes, geschweige denn ihre Einwohnerinnen und Einwohner und erst recht nicht die Jugendlichen, Vereine und Geringverdiener, die am meisten unter dem vorgelegten Haushaltssicherungskonzept leiden, haben **über ihre Verhältnisse** gelebt oder diese Situation verursacht!

Herr Krebs verdeutlichte in seiner Rede, dass die CDU sogar am Original-Kahlschlag-Paket festhalten will. Frau Reimers von der FDP predigt eine angebliche „Kultur des Sparens“ und ist noch stolz darauf, zusätzliche Anträge zur Schließung von Kultur- und Sporteinrichtungen, wie das Vogelsangbad und das Heidebad einzureichen. Man merkt, wie weit beide weg davon sind, was ihre Maßnahmen für die Menschen dieser Stadt bedeuten. Herr Krebs, sie haben in ihrer Rede kein Wort darüber verloren, was dies alles eigentlich für diese Stadt bedeutet, sondern nur mit irgendwelchen abstrakten Einspar-Zahlen, die man erfüllen muss, hantiert.

Mit der Einbringung des HSK wurde das sogenannte „**tabulose Sparen**“ **gebunden an Hilfen von Land und Bund**. Das wurde aber weder vehement eingefordert, noch sind diese hier überhaupt Thema. Im Finanzausschuss wurde mir sogar gesagt, diese Diskussion gehöre hier nicht hin. Das, was die neue Landesregierung nun ankündigt, ist nach bisherigen Erkenntnissen weit unter dem, was benötigt wird. Aber am „tabulosen“ Sparen hält man natürlich ohne Einschränkungen fest.

Haben wir durch dieses „Spar“-Paket dann wirklich stabile Verhältnisse?

Keineswegs: wie oft in den letzten Jahren wurden die Konsolidierungsbemühungen der Kämmerer der Städte durch einen Handstreich wieder weggewischt, weil Land und Bund immer neue Aufgaben und gesellschaftliche Probleme - wie die hohe Arbeitslosigkeit oder die Wirtschaftskrise - auf die Kommunen übertrugen.

Auch seit Einbringung dieses HSK ging es damit weiter: Die Steuerschätzung ergab, dass Solingen weitere 9,5 Millionen Euro Steuereinnahmen verlieren wird. Im gleichen

Zeitraum gab die Bundesregierung ihr gigantisches Sparpaket bekannt, das z.B. die Streichung der Rentenzuschüsse für Hartz IV-Empfänger enthält, was die Kommune dann später durch die Finanzierung der „Grundsicherung im Alter“ wieder tragen muss. Bis 2013 kommen laut OB auf Solingen 22 Millionen Mehraufwendungen im Sozialbereich zu.

Ich bin sicher, dass auch dieses Sparpaket keine Stabilisierung in unsere Finanzen bringt. Ich glaube nicht, dass dadurch die kommunale Selbstverwaltung gestärkt wird, Ich glaube nicht, dass es danach ein Ende hat mit dem Raubbau an sozialen, kulturellen Erregenschaften dieser Stadt. Völlig zurecht spricht z.B. die Gewerkschaft Verdi von der „**Vergeblichkeitsfalle**“: *„Die neuesten Zahlen der Steuerschätzung sehen bundesweit eine weitere Verschuldung der Kommunen um 15 Mrd. Euro (...) Für die Gewerkschaften heißt das nicht nur, dass die bereits seit langem erklärte so genannte Vergeblichkeitsfalle eine Lösung aus eigener Kraft der Kommune ausschließt, sondern auch dass sich die Problematik noch weiter zuspitzen wird. „Wer nun immer noch glaubt die vorhandenen Schwierigkeiten durch eigene Kraft lösen zu wollen, leidet unter kaum noch erklärlichem Realitätsverlust.“ (17.5.2010)*

Sehr geehrte Damen und Herren,

es wird immer wieder betont, dass wir diese Maßnahmen vornehmen müssen, weil sonst der **Regierungspräsident ihre Umsetzung einfordert** und uns der „Sparkommissar“ droht.

Die Logik, die von diesem öffentlich immens verbreiteten Druck ausgeht, muss doch einmal hinterfragt werden: Warum hat dieser Regierungspräsident als „Aufsichtsbehörde“ nicht beachtet, dass die Kommunen eine ausreichende Finanzausstattung erhalten, wie es die Verfassung des Landes NRW vorsieht? Warum hat er nicht dafür gesorgt, dass das Konnexitätsprinzip („wer beschließt muss auch bezahlen“) eingehalten wird?

Hat er darüber gewacht, dass wir den Verpflichtungen der Gemeindeordnung und der Landesverfassung, dem Gemeinwohl zu dienen, die kulturellen und sozialen Belange der Stadt zu sichern, nachkommen können? Wenn so streng auf jede kleinste, freiwillige und oft soziale Ausgabe geschaut wird (z.B. wurde sich bei der Streichung des Zuschusses für Schulbücher für Hartz-IV-Betroffene Familien auf den RP berufen) – warum hat er nicht darauf geachtet, dass reine Subventionsverträge wie der Löschwasservertrag, der die Stadt in den letzten Jahren ca. 10 Millionen Euro kostete, nicht durchkommt? Diesen hat er inzwischen sogar ausdrücklich bestätigt!

Ich sage ganz ehrlich: Einer solchen Erpresserpolitik, erst die kommunalen Kassen ausnehmen und dann mit den drastischsten Maßnahmen die Konsolidierung auf Kosten der Menschen fordern – einer solchen Politik sollte man die Stirn bieten, anstatt sich unterzuordnen!

All das ist nicht das persönliche Verschulden von Regierungspräsident Büssow, sondern hat System: ein **System, das systematisch die Umverteilungs- und Subventionspolitik organisiert und ihre Kosten auf den Kommunen** und dort vor allem die einfachen Menschen ablädt.

1. Die Städte sollen immer mehr Aufgaben von Land und Bund übernehmen, ohne dazu einen finanziellen Ausgleich zu bekommen. Die Absenkung der Bundesbeteiligungen an den Hartz-IV-Wohngeldkosten von 31,2% im Jahr 2007 auf rund 23% für das Jahr 2010 führt zu einer weiteren „krassen Benachteiligung der Kommunen“ (lt. Kämmerer Weeke).

2. Die **Kosten und Lasten der Weltwirtschafts- und Finanzkrise** werden durch Bund und Land, Konzerne und Banken über die Kommunen an die Masse der Menschen wei-

tergegeben. Das ist übrigens nicht so weit weg wie mancher denkt. Die Stadt Solingen zahlt ganz direkt erheblich daran mit. Da die Stadt-Sparkasse und der Landschaftsverband Rheinland an der West LB beteiligt sind und für die „Sanierung“ bezahlen müssen, muss die Stadt über eben diese beiden Institutionen voraussichtlich **3 - 4 Millionen Euro für die Sanierung der WestLB** mittragen. Und was war bei der WestLB? Sie wurde nicht etwa unverschuldet in die Krise mit hinein gerissen – nein - hier wurde für Maximalprofite so hoch gezockt, dass schließlich alles zusammenbrach. Wie krank, dass dafür nun die völlig verschuldeten Kommunen zahlen müssen, während bisher Manager und verantwortliche Politiker schadlos daraus hervor gehen.

3. Mit der durch „Globalisierung“ und Weltwirtschaftskrise drastisch zunehmenden Massenarbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, zunehmenden Geringverdienern und ungeschützten Arbeitsverhältnissen hat sich die **Armut** enorm beschleunigt. Kommunale Sozialleistungen, wie die Kosten der Unterkunft für Hartz IV Betroffene, Grundsicherung im Alter usw. steigen erheblich an. 14.433 Bezieher von Hartz IV-Leistungen gab es im Jahr 2009 in Solingen. Das bedeutet einen Anstieg um 500 Bedarfsgemeinschaften innerhalb eines Jahres.

4. eine politisch bewusst gewollte Ausrichtung, dass die Kommunen die **gewinnbringenden Teile auslagern, privatisieren**, um die Gewinne dem unersättlichen freien, kapitalistischen Markt zuzuführen, während sie selbst auf den verlustreichen Teilen sitzen bleiben.

Dass nun mit Maßnahmen der Erpressung, mit einer Politik, die diese ganze Grundlogik bestätigen soll, die **kommunale Selbstverwaltung gestärkt würde**, halte ich für äußerst fragwürdig. Wir geben Lebensqualität, kulturelle und sportliche Einrichtungen auf, schränken die hervorragende ehrenamtliche Arbeit in Vereinen ein – das ist doch keine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung!

Die Verschuldung der Stadt ist ein **gutes Geschäft für die Banken** – eine Katastrophe für die Stadt und ihre Bürger! Natürlich müssen wir gegen die **drohende Überschuldung** vorgehen! Wohin aber das von allen hier so viel beschworene Eigenkapital der Stadt geht, wird überhaupt nicht gesagt. Fakt ist, dass durch die immense Schuldenfalle, immer mehr **kommunales Kapital in Bankenkaptal umgewandelt** wird. Hier muss angesetzt werden und nicht daran, die Lebensqualität weiter zu beschneiden, während alle Zahlungen an die Banken munter weiter gehen.

Wenn nun Herr Krebs in seiner Rede einmal wieder den „**Klassenkampf**“ als Kampf begriff bemüht, kann ich dazu nur sagen: Natürlich gibt es in dieser Gesellschaft zwei Klassen. Und Sie Herr Krebs stehen für die eine und ich für die andere. Auch sie machen Klassenkampf für die ausbeutende Klasse. Wenn Klassenkampf heißt, für und mit den arbeitenden Menschen, den Arbeitslosen, den Menschen die ausgebeutet und unterdrückt werden zu kämpfen, für die Zukunft der Jugend einzustehen und gegen eine Umverteilungspolitik im Sinne von Banken, Konzernen und Großverdienern vorzugehen, dann stehe ich dazu, dass ich **Klassenkampf** mache!

Sie versuchten im Finanzausschuss ihre Kritik mit dem Vorwurf „**sozialistischer Träume**“ zum Ausdruck zu bringen. Bei diesen gesellschaftlichen Verhältnissen ist es kein Wunder, wenn immer mehr Menschen sich Gedanken über eine grundsätzlich andere Gesellschaftform machen und sich auch der Idee des Sozialismus öffnen.

Kommen wir zur Frage, wie sich SOLINGEN AKTIV zum „**Sparpaket light**“, das von SPD/Grünen/BfS eingebracht und von der LINKEN unterstützt wird, positioniert.

Ich nehme zur Kenntnis und begrüße ausdrücklich, dass eine Reihe der drastischsten Maßnahmen heraus genommen wurden. Die beabsichtigte Rücknahme verschiedener

Maßnahmen, wie der Schließung des Hallenbades Vogelsang und des Heidebades, sowie der Notschlafstelle sind damit vom Tisch, was richtige und gute Schritte sind – vor allem aber Ergebnis der zahlreichen Bürgerproteste gegen gerade diese Pläne.

An dieser Stelle herzlichen Glückwunsch an alle, die diese Proteste organisiert haben und die zum Teil auch heute anwesend sind: die Jugendlichen der Notschlafstelle, Behindertensportvereine am Vogelsang, die Gewerkschaft Verdi und andere.

Wenn die Presse von einer taktischen Meisterleistung spricht, bezieht sich das vielleicht darauf, dass diese Mehrheit überhaupt zu Stande kam. Inhaltlich kann ich mich allerdings nicht wirklich dafür begeistern. Es ist interessant, dass die Sprecher der „neuen Mehrheit“ in ihren Reden nur über das sprechen, was erhalten bleibt. Was weiterhin durch ihre Beschlüsse geschlossen und gekürzt wird – darüber sprechen sie nicht!

Taktisch werden zahlreiche der erheblichen Verschlechterungen für diese Stadt und ihre EinwohnerInnen also weiter mitgetragen.

- Auch das neue Paket geht von mehr als **160 Stellenstreichungen** aus, zwar 17,65 weniger als bisher, aber nach unserer Sicht immer noch 160 zu viel.
- **Die Kürzung der Zuschüsse für Vereine** wird reduziert – immer noch sind es aber 30.000 € erhöhte Nutzungsentgelte für Sportstätten, 10.000 € weniger Zuschüsse beim Eissport. Das ist immer noch erheblich zu viel, zumal gerade diese Vereine in den letzten Jahren immer wieder geschröpft wurden.
- Es wurde eine deutliche Senkung der **Kürzungen beim ÖPNV** von 750.000 auf 200.000 erreicht. Aber auch das ist vor dem Hintergrund, dass in diesem Bereich seit Jahren immer wieder gekürzt wird und auch betriebsintern noch Hunderttausende eingespart werden sollen, unzumutbar. Auch dadurch muss über Entlassungen bei Subunternehmen, weitere Streckeneinschränkungen usw. nachgedacht werden. Dass diese 200.000 allein durch Optimierung erreicht werden, ist unrealistisch.
- Die **VHS** muss nach wie vor Einschnitte hinnehmen (75.000 strukturell) Auch in der **Bibliothek** soll nach wie vor 1 Stelle eingespart werden.
- Die erhebliche Erhöhung der **Grundsteuer B** bleibt bestehen

Vor allem auch **strategisch** habe ich große Probleme mit diesem Paket. Es ordnet sich zu 100% der **Gesamtlogik** unter, mit der uns die CDU, OB und Verwaltung das Sparpaket verordnet haben. Eine Logik, die besagt, dass es keine andere Alternative gäbe, als auf Kosten der Bürger zu sparen. Eine Logik, deren Ergebnis es ist, dass man den Kampf um eine ausreichende Finanzausstattung durch das Land NRW aufgibt; dass man an der eigentlichen Problematik (riesige Zinsausgaben, Arbeitslosigkeit als Mangel verwalten und dafür zahlen – statt zu überlegen wie man dieses Problem angeht) nichts tun könnte. **Ich frage mich: Wenn diese neuen Mehrheiten doch zu Stande gekommen sind – warum hat man dann nicht ein Paket gemacht, das wirklich nicht auf Kosten der Menschen dieser Stadt geht?** Warum hat man nicht den Haushalt durchforstet nach allem, das die Umverteilung von unten nach oben organisiert?

Warum wurde das nicht verbunden mit Protestmaßnahmen, klaren Forderungen und Verhandlungen mit Bund, Land und Gläubigerbanken?

Warum wurden die doch angeblich fest zugesagten Hilfen der neuen Landesregierung nicht eingerechnet und auf die Verschlechterungen und Schließungen verzichtet?

Will man die eigenen Parteien auf Bundes- und Landesebene lieber doch nicht allzu sehr in die Pflicht nehmen? Zugegeben: Dafür müsste man für eine **grundlegend andere Politikrichtung** eintreten. Damit wäre man dann in guter Gesellschaft mit den über 80% der Deutschen, die sich **grundlegende andere gesellschaftliche Verhältnisse wünschen**. Aber offenbar ist es so, dass das „Vierer-Bündnis“ eben dies gar nicht will?

Ich werde also natürlich an den Punkten, die den Erhalt wichtiger Einrichtungen bedeuten, mit dem „Quartett“ stimmen.

Ich werde aber eigene Anträge einbringen, die die komplette Streichung der Maßnahmen auf Kosten der Bürger, die im „Sparpaket light“ weiter enthalten sind, beantragen. Ich kann nur alle Ratsmitglieder, die eigentlich auch gegen diese Maßnahmen sind aufordern, hier mitzustimmen. Mich könnte nichts, aber auch gar nichts davon abhalten, gegen meine Überzeugung zu stimmen. Es kann doch nicht sein, dass man genötigt wird, gegen seine Überzeugung abzustimmen, eigene Anträge zurück zu ziehen, mit der vagen Versprechung, dann später im **Politgeschäft stärker mitmischen** zu können? Die Linke ist für ihr Verhalten von den anderen Parteien nun sehr gelobt worden. Es stimmt aber übrigens nicht, dass ohne die Stimmen der Fraktion die Linke das ursprünglich vorgelegte CDU-FDP-Sparpaket durchkommt. SPD, BFS, Bündnis 90/Die Grünen haben auch ohne die LINKE eine Mehrheit. Es ist klar, dass H. Schlupp seine Entscheidungen verteidigt, aber er muss sich natürlich auch der sachlichen Kritik stellen.

Ich werde auf die überaus unsachlichen Vorwürfe gegen mich in seiner Haushaltsrede nicht eingehen. Hier geht es schlicht und einfach um eine **Grundsatzdiskussion in der Linken**, ob man sich den **„Sachzwängen“ und den bürgerlich-parlamentarischen Gepflogenheiten unterordnet oder ob man konsequent die Interessen der einfachen Menschen vertritt** und den gemeinsamen Kampf darum stärkt. Das ist eine Grundsatzdiskussion, die seit Jahren und Jahrzehnten unter der Linken stattfindet. Die Richtung, sich einbinden zu lassen, steht völlig zu Recht immer stärker in der Kritik großer Teile der Bevölkerung, die den Grünen oder auch linken Landesregierungen wie in Berlin oder Mecklenburg-Vorpommern ihre Unterordnung unter kapitalistische „Rahmenbedingungen“ ankreiden.

Natürlich möchte auch ich nicht verantworten, dass die noch drastischeren Streichungen durchkommen. Eine Abstimmung für das „kleinere Übel“ käme aber – wenn es von meiner Stimme abhinge - erst in Frage, nachdem ich auf Grundlage meiner Anträge für die vollständige Streichung gestimmt, den Protest dagegen zum Ausdruck gebracht habe usw. usf. Die Linkspartei hat dagegen alle eigenen Anträge zurück gezogen und ist nicht bereit, in den Einzelabstimmungen gegen die Schließungen zu stimmen. **Ohne Zwang trägt sie so erhebliche Kürzungen und Streichungen mit!**

Es wird nun der Anschein erweckt, als ob wir nur noch einmal kräftig sparen müssten und damit die Zukunft gesichert sei. Ich sage klipp und klar: Das ist nicht so! Es wird gespart, aber gar nichts gesichert und nichts garantiert, weil die Umverteilungspolitik auch durch diesen HSK mit keinem Wort in Frage gestellt oder dagegen protestiert wird. Es wird hier gespart und unsere Maßnahmen laufend wieder konterkariert!

SOLINGEN AKTIV hat seit der Herausgabe der HSK-Maßnahmen im Februar 2010 mit Nachdruck betont, dass für uns keine Maßnahme akzeptabel ist, die auf Kosten der Bürger und der Lebensqualität in Solingen gehen. Eine „Abmilderung“ oder ein „Sparpaket light“ ändert nichts an der Grundrichtung der Umverteilungspolitik von Bund, Land und auch Stadt auf Kosten der Bürger. Für uns sind diese „Einsparungen“ auch bei der jetzt geplanten Höhe von ca. 43 Millionen nicht akzeptabel. Ich betone noch einmal: Das alles nur, um bis 2013 über 80 Millionen Zinsen an die Banken zu zahlen. Nicht mit SOLINGEN AKTIV! Wer vorgibt, mit dieser Streichliste die Zukunft der Stadt und der kommunalen Selbstverwaltung retten zu wollen oder zu können, täuscht die Bürger. Ich will ihnen keine bewusste Lüge vorwerfen, sehr passend erscheint aber der Ausspruch von Dieter Hildebrand über Politikerversprechen: **„Das ist keine Lüge, sondern eine sachzwangreduzierte Ehrlichkeit...“**

Es sind diese „Sachzwänge“, nach denen kommunale soziale Einrichtungen wie z. B. die Bibliothek danach beurteilt werden, ob sie **rentabel** sind oder der ÖPNV danach, ob er Gewinne bringt usw. Das ist nicht unsere Logik!

Es sind die **bürgerlich-parlamentarischen Gepflogenheiten**, die einige Ratsmitglieder auch hier und heute dazu zwingen sollen, gegen ihre Überzeugung zu stimmen.

Es sind diese Gepflogenheiten, warum immer mehr Menschen das Gefühl haben, dass in der bürgerlichen Politik ganz andere Maßstäbe gelten als das, was in den Wahlkämpfen versprochen wird und oft bis zu 50% gar nicht mehr zur Wahl gehen.

Es sind die bürgerlichen Gepflogenheiten nach denen man das Gefühl bekommt– und ich nehme das manchem durchaus ab – nichts anderes mehr tun zu können als das kleinere Übel zu tragen. Ein Gefühl, die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse seien eben unabänderlich so wie sie sind.

Es sind diese Gepflogenheiten, die dazu führen, dass es letztlich gar nicht mehr darum geht, was die Maßnahmen eigentlich bedeuten, welche Auswirkungen sie haben. Stattdessen werden in endlosen Sitzungen nur noch Zahlen gewälzt, etwa mit dem Ziel, 45 Millionen Einsparungen „voll zu kriegen“.

Deshalb hat SOLINGEN AKTIV den **Grundsatz**, sich **nicht diesen Gepflogenheiten unterzuordnen**, immer die klare Orientierung bei den Interessen der einfachen Menschen zu behalten, ihren Zusammenschluss und Kampf zu organisieren. Das ist uns wichtiger - und wenn ich mich dafür heute mit dem ganzen Stadtrat anlege.

Deshalb nun vor allem zu den konkreten Maßnahmen und ihren Auswirkungen:

Das Haushaltsbegleitgesetz verschärft das Problem der Arbeitslosigkeit

167 Arbeitsplätze sollen in den nächsten vier Jahren bei der Stadt wegfallen, größtenteils durch „natürliche Fluktuation“. Dennoch stehen damit de facto 167 Arbeitsplätze weniger zur Verfügung, eine zusätzliche Hypothek für die Arbeitssuchenden sowie die Jugend der Stadt. Auch die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Bereich wird per Anweisung des Regierungspräsidenten auf das Unabdingbare gekürzt. Eine Übernahme soll generell nicht mehr gewährleistet werden. Wie viele Ausbildungs- und Arbeitsplätze darüber hinaus durch die Schließung von Schulen und Schwimmbädern, durch die Reduzierung von Zuschüssen an soziale Einrichtungen und Vereine usw. verloren gehen, das ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. Auch die zunächst geplante Umwandlung der Stadtbücherei und des Deutschen Klingenmuseums in GmbHs unter dem Dach der Beteiligungsgesellschaft der Stadt (BSG), sowie die Verlagerung weiterer städtischer Betriebe in die BSG hat kaum verhohlen das Ziel, damit auch Stellen einzusparen. Dazu sollen die bisher möglichen Gegenkräfte gegen einen solchen personellen Raubbau durch den städtischen Personalrat und den Rat ausgegrenzt werden, der dann nicht mehr zuständig ist.

Das Haushaltsbegleitgesetz trägt damit erheblich dazu bei, die eh schon schlechte Ausbildungssituation der Jugend in unsere Stadt (über 600 Jugendliche suchen noch eine Lehrstelle!) sowie die hohe Arbeitslosigkeit von offiziell knapp 8000 noch zu verschärfen. Die Kehrseite davon ist eine **enorme Verdichtung der Arbeit bei den verbleibenden Kollegen der Stadt** mit schon eingeplanter erhöhter physischer und psychischer Belastung – sowie zugleich einer bewusst geplanten Verschlechterung der kommunalen Dienstleistung für die Bürger.

Es trifft vor allem Kinder- und Jugendliche

Die zahlreichen **Sportvereine** in Solingen werden gezwungen sein, ihre Vereinsbeiträge

zu erhöhen, wenn sie eine höhere Hallennutzungsgebühr von zunächst vorgesehenen 58%, nach dem neuen Vorschlag aber immer noch um fast 20%, bezahlen müssen. Dadurch wird die wertvolle Jugendarbeit dieser Vereine gefährdet. Die Streichung der Zuschüsse für die Turnhalle Gillicher Straße – auch das ist im Paket drin geblieben – schränkt die Möglichkeiten des TSV Aufderhöhe, die Halle zu sanieren und weiter zu betreiben erheblich ein. Das hervorragende Jugendangebot dieses Vereins wird dadurch stark beeinträchtigt. Aufderhöhe ist einer der Stadtteile, der großen Familienzuwachs, z.B. im Borkhauser Feld hat. Auch der Schulsport der Grundschule Aufderhöhe ist durch lange Anfahrtszeiten zu Ausweichhallen auf ein Mindestmaß reduziert, der Verein kann nicht, wie lapidar benannt, einfach auf andere Hallen ausweichen.

Die **Schließung des Hallenbads Ohligs** ist im Sparpaket light ebenfalls noch enthalten. Dabei ist dieses Schwimmbad eine sehr wichtige traditionsreiche und wohnortnahe Sportstätte, die von Senioren, Sportvereinen und auch dem Schulschwimmen vielfach genutzt wird.

Die **Eishalle** ist mit ca. 100 000 Besuchern pro Jahr der größte Jugendtreffpunkt in Solingen. Würde dem Eissport der Zuschuss um weitere 60.000 Euro gekürzt werden die Vereine gezwungen sein, Trainingszeiten zu reduzieren. Nach dem neuen Vorschlag sind es noch immer 10.000 €. Auch das können diese Vereine nicht einfach kompensieren. Der Wegfall von vermieteten Eiszeiten wird auf die Dauer auch die Existenz der Eishalle bedrohen.

Das Sparpaket bedeutet eine erhebliche Belastung, vor allem für Geringverdiener

Bei den Einzelmaßnahmen wird immer angeführt, dass es ja nur sehr geringe Beträge sind, um die Gebühren und ähnliches erhöht werden. In der Gesamtsumme treffen die zahlreichen Steuer- und Gebührenerhöhungen **Geringverdiener viel stärker**, die eigentlich **keinerlei Spielräume im Budget** mehr haben.

- Grundsteuer B – diese Steuer darf der Hausbesitzer voll auf die Nebenkosten umlegen. Die Erhöhung um 20% bedeutet den Höchstsatz in NRW!
- Auch bei der VHS sehen beide Konzepte erhebliche Einsparungen vor, die weitere Gebührenerhöhungen bedeuten können.
- Darüber hinaus gibt es eine Fülle von „kleineren Belastungen“: deutlich verstärkte Parkraumbewirtschaftung, Erhöhung der Eintrittspreise im Stadttheater, Erhöhung der Hundesteuer usw. usf.

Die Summe dieser vielen „kleinen“ Erhöhungen, von denen jeder irgendwo betroffen ist, werden bei vielen Familien große Löcher ins Budget reißen. Für uns ist das nicht akzeptabel. Hinzu kommen die bundesweiten Verschlechterungen, wie erhöhte Krankenversicherungsbeiträge usw.

Die Solingerinnen und Solinger wurden nicht wirklich beteiligt!

Herr Oberbürgermeister! Sie haben die „große demokratische Bürgerbeteiligung“, die auch in überregionalen Medien Anerkennung gefunden habe, angesprochen. Wenn das „das höchste der Gefühle ist“, was Sie sich unter **demokratischer Beteiligung** vorstellen, dann ist das ein **interessantes Armutszeugnis für die herrschenden, gesellschaftlichen Verhältnisse** und ihr Verständnis von Demokratie.

Elemente wirklicher Bürgerbeteiligung und der direkten Demokratie gab es nicht. Ich erinnere nur daran, dass man den Jugendlichen der Notschlafstelle hier mehrmals auf ihren Antrag **kein Rederecht** eingeräumt hat! Die Bürgerbefragung im Internet wurde entsprechend dem von ihrem „Erfinder“ – der Bertelsmann-Stiftung – erklärten Ziel ausgerichtet: Stadtkämmerer Weeke wird so zitiert, dass die Aktion wichtig sei, „wegen der *Akzeptanz der Maßnahmen bei den Menschen*“. Und so erfolgte die Abstimmung auch immer unter dem Druck, die 45 Millionen „Einsparungen“ unbedingt zusammen zu krie-

gen.

Über 1.500 Sparvorschläge wurden von Bürgern auf der Internetseite „Solingen spart.de“ gemacht, die allerdings von der Stadtspitze mit **lapidaren Gründen alle abgetan wurden** oder als nicht umsetzbar beantwortet werden. Kein Wunder: Eine große Mehrheit forderte z. B. die Reduzierung der Fraktionsfinanzierung, keine 4. Dezernentenstelle – also Vorschläge, die bei den Regierenden hier nicht eben beliebt sind. Mit der Drohung noch schärferer Maßnahmen (Verkauf Schloss Burg, Klängenmuseum, Klinikum, Schließung Theater, Stadtbibliothek, alle Jugendhäuser, Erhöhung Kindergartengebühr usw.) wurde dem Bürger suggeriert, es gäbe gar keine Alternativen. Und letztlich werden diese Bürgervorschläge in der Beschlussfassung keinerlei Beachtung finden.

SOLINGEN AKTIV steht für Formen der **direkten Demokratie**, die man in Bürgerversammlungen, dem Rederecht für Einwohnerinnen oder wirklich demokratische Bürgerbegehren durchführen könnte!

Gibt es wirklich keine Alternative?

„Sparen“ können wir uns die Dienstleistungen für Banken, Berater und Investoren! Auch wenn unsere Stadtspitze nicht ursächlich schuld ist an dieser kommunalen Finanzkrise – wir können die Grundlogik nicht akzeptieren, nach der die Umverteilung von unten nach oben auch in dieser Stadt organisiert wird.

Wir wollen unserer Stadt „ersparen“,

- dass jährlich 15 bis 20 Mio. € Zinsen an Banken und Sparkassen fließen;
- dass jährlich 1,3 Mio. € für Löschwasser an die Stadtwerke Solingen und damit knapp zur Hälfte an die private Energiegesellschaft MVV gehen. (entsprechend dem Löschwasservertrag), Das waren schon 10 Millionen in den letzten Jahren, für eine „Dienstleistung“ die in fast allen anderen Kommunen kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. Also ein reiner Subventionsvertrag!
- dass ca. 20 Mio. € Gewinnabführungen und Overheadkosten, die seit der Teilprivatisierung der Stadtwerke Solingen an die MVV vertraglich abgesichert, abfließen
- dass ca. 3 - 4 Mio., die indirekt über die Stadt-Sparkasse und den Landschaftsverband Rheinland an die marode WestLB gezahlt werden, um für deren verzockte Gelder gerade zu stehen,
- dass ca. 2 Mio. € Miete pro Jahr für das neue Rathaus mit einem völlig überhöhten Quadratmeterpreis von 11,86 € und einer Laufzeit von 30 Jahren bezahlt werden, an der sich einzig und allein der Investor eine goldene Nase verdient.
- die durch unverantwortlichen Umgang verloren gegangenen Millionen für riskante Zins-Swaps
- Die hohe Fraktionsfinanzierung von fast 450.000 Euro, deren Halbierung SOLINGEN AKTIV schon lange vorschlägt – was eine jährliche Einsparung von etwa 250.000 Euro bringen würde.
- Die 200.000 € jährlich, die mit unnützen Geschäftsführerposten verpulvert werden, (z.B. für den ehemaligen Kämmerer Schneider...)

Wir fordern eine Gemeindefinanzreform, die ihren Namen auch verdient und eine Solinger Finanzpolitik, die nicht auf Kosten der Bürger geht

Wir fordern:

- Die Folgekosten der Gesetze von Bund und Land müssen diese auch bezahlen („Konnexitätsprinzip“)!
- Die Verwaltung soll den tatsächlichen Bedarf der Stadt Solingen erfassen, mit den realen Landeszuweisungen abgleichen, die Differenz einfordern und gegebenenfalls mit anderen Kommunen aus NRW eine Verfassungsklage in die Wege

leiten. Das wurde von Kommunen im Märkischen Kreis aktuell vorbereitet.

- Die Eigenanteile der Kommunen bei der Vergabe von Landesmitteln müssen wegfallen oder zumindest stark reduziert werden.

Wir fordern Prüfung, Verhandlungsaufnahme und Forderung nach einem Zins- und Schuldenmoratorium für die Kommunen, sowie Altschuldenregelung des Landes!

Nutznieser der kommunalen Finanzkrise dagegen sind die Sparkassen und Banken, die sich auch an den kommunalen Zinszahlungen zusätzlich bereichern. Die kommunalen Zins- und Schuldenbezahlungen sind eine Art Dauerabo auf Profite für die Banken. Es ist ein Skandal, dass ausgerechnet von diesen Geldinstituten, die mit Milliarden Steuergeldern aus der von ihnen selbst produzierten Weltfinanzkrise gerettet wurden, im städtischen Haushaltsbegleitgesetz aber **keinerlei Beitrag zur Sanierung der kommunalen Finanzen gefordert wird.**

Infolge der Weltwirtschafts- und Finanzkrise gab es eine wahre Inflation von Zins- und Schuldenmoratorien für marode Banken, Konzerne und zuletzt gar ganze Staaten - zum großen Teil auf Kosten der Steuerzahler. Wir sehen nicht ein, dass dafür jetzt die Kommunen bluten müssen! Die West LB durfte faule Kredite von 77 Mrd. in eine „Bad Bank“ auslagern, die dann der Staat übernommen hat! Und für die Kommunen soll keinerlei Zinserlass finanzierbar sein? Die schnellen Entscheidungen des Bundes in der Finanzkrise zur finanziellen Unterstützung von Banken macht deutlich, dass bei "Notwendigkeit" schnelle und auch unkonventionelle Maßnahmen möglich sind. Die Situation der Kommunen erfordert allemal derartige Maßnahmen, die durch diesen Antrag geprüft und gefördert werden sollen.

Jeder, der ehrlich ist, wird zugeben, dass die Kommunen ihre Kredite niemals werden zurückzahlen können. Statt dies anzuerkennen und sie davon zu entlasten, werden sie zu jahrzehntelanger Zinszahlung, ständiger Umschuldung, neuer Kreditaufnahme - nur um Zinsen zu zahlen - gezwungen.

Es ist nicht einzusehen, dass bei fast sämtlichen sozialen und kulturellen Leistungen, die die Masse der Solinger Bürgerinnen und Bürger betreffen, „ohne Tabus“ gespart wird, die massiv steigende Zinsbelastung durch die Banken und die Sparkasse aber davon ausgenommen sein sollen.

„Wir zahlen nicht für eure Krisenlasten“ - das ist ein massenhafter Slogan auf Demonstrationen in ganz Europa geworden. Und das muss auch die Leitlinie der Haushaltspolitik und der strukturellen Veränderungen in der Organisation der kommunalen Finanzen sein. **Die Verursacher der Krise sollen die Kosten bezahlen!**

Die Anhebung des **Gewerbesteuerhebesatzes** auf 490 v.H. ist dringend notwendig um fehlende Einnahmen der Stadt zu ergänzen. Kleine Gewerbebetriebe wie Einzelunternehmen und Personengesellschaften - zum Beispiel der Handwerksbäcker im eigenen Betrieb - sind davon nur wenig betroffen, da diese Steuer in der Regel zum allergrößten Teil wieder auf die Einkommensteuer angerechnet wird. Kapitalgesellschaften, die durch die Gewbesteuer belastet werden, wurden 2009 durch die drastische Senkung der Körperschaftssteuer deutlich entlastet. Während diese Erhöhung laut Verwaltungsvorschlag erst 2012 erfolgen sollte, um "die Unternehmen in der Krise zu schonen" wird diese "Schonfrist" bei den Kürzungen auf Kosten der BürgerInnen nicht beachtet. Deshalb soll die Gewerbesteuererhöhung vorgezogen werden.

Wir brauchen eine grundsätzliche Wende in der Arbeitsmarktpolitik

Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt werden vom Rat ignoriert, obwohl sie die entscheidende materielle Lebensgrundlage nicht nur für die Bürger und für die Zukunft der Ju-

gend, sondern auch für die Zukunft der Gemeinde sind. Wir treten daher für eine grundsätzliche Wende in der Arbeitsmarktpolitik ein - sowohl im Interesse der Bürger als auch im Interesse der finanziellen Gesundheit unserer Stadt:

Wir fordern daher: die Vergabe eines Untersuchungsauftrages, wie die Stadt Solingen durch neue Arbeitszeitmodelle v.a. in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben Arbeitsplätze erhalten, bzw. neue schaffen kann. Geprüft werden sollen die Möglichkeiten der Einführung einer Arbeitszeitverkürzung bis hin zur 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die Besetzung von Stellen länger erkrankten Personals durch befristete Arbeitsverhältnisse. Dafür sollen 150.000 Euro in den städtischen Haushalt 2010 eingestellt werden.

Die 1,2 Millionen bundesweit während der Wirtschaftskrise durch Kurzarbeit erhaltenen Arbeitsplätze beweisen: Arbeitszeitverkürzung ist das einzige und beste Mittel, um Arbeitsplätze zu halten oder zu schaffen. Gesamtgesellschaftlich ist es wesentlich sinnvoller Arbeit zu finanzieren, statt Arbeitslosigkeit zu bezahlen. Nach Berechnungen der Partei die Linke wäre allein aus den Aufwendungen der Kommunen für Leistungen für Hartz-IV-Empfänger die sofortige Schaffung von 1 Mio. kommunaler Arbeitsplätze mit einem entsprechenden Tariflohn möglich, weitere Arbeitsplätze würden Transferkosten verursachen, längerfristig aber die Sozialausgaben der Kommunen weiter senken.

Ich werde zudem **Einzelanträge** stellen gegen die Schließung des Hallenbades Ohligs, der Turnhalle Gillicher Straße, der Cafeteria im städtischen Gebäude Bonner Straße, zu einem erheblich höheren Beitrag der Politik durch Reduzierung der Fraktionsfinanzierung, zum Erhalt des Stadions, gegen jegliche Kürzung bzw. erhöhte Gebühren für den Eissport und die Sportvereine, gegen jegliche Kürzungen beim ÖPNV und gegen die Schließung des Gebäudes Coppelstift.

SOLINGEN AKTIV hat es sich also wirklich nicht einfach gemacht und wird sehr differenziert abstimmen. Einem Teil der vorgeschlagenen HSK-Maßnahmen können wir auch zustimmen, wir haben Einzelanträge zu HSK-Maßnahmen die wir ablehnen und eigene Anträge.

Sehr geehrte Anwesende!

Ich suggeriere nicht, dass ich durch Anträge heute die dringend notwendige grundlegenden Veränderungen in der kommunalen Finanzsituation, der Umverteilungspolitik unserer Gesellschaft, der Arbeitslosigkeit erreichen könnte.

Dazu ist eine breite gesellschaftliche kämpferische Opposition - außerparlamentarisch und parlamentarisch – notwendig. Dazu müssen vor allem die Menschen selbst aktiv werden, sich zusammen schließen. Aber ich bin auch nicht bereit, diese Grundrichtung faktisch zu bestätigen, indem ich ein Kürzungsprogramm mittrage, das letztlich doch auf Kosten der einfachen Menschen geht.

Mir ist bewusst, dass die parlamentarischen Sachzwänge dieser bürgerlichen Demokratie dazu da sind, oppositionelle Gruppen und Parteien einzubinden, „weil es angeblich alles nicht anders geht“. Ich fühle mich allerdings nicht den Sachzwängen und auch nicht dem Druck, den einige Parteien und Ratsmitglieder hier auf jeden ausüben, der eine andere Meinung hat, verpflichtet. Ich fühle mich den Interessen der einfachen Menschen, der Jugend, der städtischen Bediensteten, der Vereine usw. verpflichtet.

In diesem Sinne werde ich den Sparpaketen heute nicht zustimmen, aber in diesem Sinne Anträge einbringen und vor allem gesellschaftspolitisches, oppositionelles, kämpferisches Engagement verstärken.

Ich kann sie nur auffordern! Lehnen sie diesen Haushalt ab!

Verstärken wir Protest und Widerstand gegen das Ausbluten der Kommunen!

Kein Haushalt bevor nicht Hilfen und Finanzausstattung durch Land und Bund kommen - bieten wir dem Regierungspräsidenten die Stirn und schließen uns dazu mit anderen Kommunen zusammen!

Setzen wir uns für gesamtgesellschaftliche Veränderungen ein, indem wir dem Übel an die Wurzel gehen. Liebe Besucher dieser Ratssitzung, werdet aktiv, schließt euch zusammen, kämpft für eine grundlegend andere Politik!

DANKE